

ELiS_e

[e'li:zə]

<Essener Linguistische Skripte_elektronisch>

Henning Bergenholtz

Sprachpolitik.

Also: Deutsch sprechen Deutsche in deutschen Landen.

**Aber warum schreibt man manchmal *Deutsch*
und manchmal *deutsch*?**

Faszination

Sprache

elise@uni-essen.de

<http://www.elise.uni-essen.de>

Sprachpolitik.

Also: Deutsch sprechen Deutsche in deutschen Landen.

Aber warum schreibt man manchmal *Deutsch* und manchmal *deutsch*?

Henning Bergenholtz (Århus, Dänemark)

Pffifikus fragt den Sprachdoktor

Abgesehen von „Sprachpolitik“ ist der Titel dieses Beitrags dem einleitenden Dialog zwischen Pffifikus und einem Sprachdoktor entnommen (Bünting 1985, 6). Wenn man dieses Zitat mehreren Sprachpolitikdoktoren vorlegen würde, käme eine typische Doktorenviefalt dabei heraus. Wir begnügen uns mit der Befragung von fünf Doktoren, wissen dabei, dass weitere Befragungen ohne Zweifel weitere anders lautende Antworten zur Folge gehabt hätten. Die fünf ausgewählten Repräsentanten ihrer Zunft decken jedoch einen breiten Querschnitt der heutigen sprachpolitischen Grundpositionen ab. **Der erste Doktor** – und er spricht für eine Mehrzahl seiner nicht-deutschen Kollegen – stellt fest, dass „Deutsch sprechen Deutsche in deutschen Landen“ ein Teil der Sprachpolitik ist, nicht aber die zweite Hälfte des Dialogs, die mit Sprachpolitik nichts zu tun hat. **Der zweite Doktor** widerspricht scharf und stellt fest, dass die neueste Forschung – viele dieser Forscher kommen übrigens aus der Bundesrepublik Deutschland – eindeutig davon ausgeht, dass „Deutsch sprechen Deutsche in deutschen Landen“ nicht ein sprachpolitisches, sondern sprachenpolitisches Thema anspricht, das somit in der Sprachenpolitik und nicht in der Sprachpolitik zu diskutieren ist. Ob man einen großen oder einen kleinen Anfangsbuchstaben in *Deutsch* und *deutsch* wählt, kann dagegen ein sprachpolitisches Thema werden. **Der dritte Doktor** – ein emeritierter deutscher Professor – nennt den ersten Teil des Zitats eine Frage der Sprachplanung, den zweiten Teil ein Problem für die Sprachlenkung mit den hier relevanten Teilgebieten Sprachpflege und Sprachnormung. **Der vierte Doktor** – der nicht ganz zufällig aus England kommt – sagt schlicht und einfach, dass beide Teile des Zitats mit Sprachpolitik nichts zu tun haben. Der letzte Teil des Zitats betrifft ein orthographisches, kein sprachpolitisches Problem. Der erste Teil ist eine Behauptung, die man, wenn es Sprachpolitik werden soll, in einen Verbotssatz ändern müsste, vielleicht als Reaktion auf den Vorschlag eines deutschen Kollegen: „Englisch sollte offizielle Sprache von Deutschland werden.“ Schließlich wertet **der fünfte Doktor** den ersten Teil des Zitats als Standpunkt in der Diskussion um eine generelle Sprachpolitik, den zweiten Teil als Problem für eine spezifische Sprachpolitik. Dieser fünfte Doktor, der übrigens den oben erwähnten Pffifikus ganz gut kennt und zugleich unseren Sprachdoktor zum Geburtstag gratulieren möchte, ist der Verfasser dieses Beitrags.

Pffifikus, der staunend und ausnahmsweise schweigend zugehört hat, hat genug: Ich gehe jetzt spielen und komme wieder, wenn Du nochmals mit den Sprachpolitikdoktoren gesprochen hast und es mir kürzer und klarer erklären kannst. Das wollen wir nun tun und Pffifikus erst

ganz zum Schluss wieder auftreten lassen. Zunächst wollen wir einen Blick in gemeinsprachliche Wörterbücher werfen, dann einige neuere wissenschaftliche Werke konsultieren.

Sprachpolitik in Wörterbüchern

Es gibt nur vier gemeinsprachliche deutsche Wörterbücher, die das Lemma *Sprachpolitik* anführen. Oder eigentlich sind es nur zwei, da es sich um die drei Ausgaben von DUDEN-GWB und um BROCKHAUS-WAHRIG handelt. Im Grunde kann man sich darüber wundern, dass man in Großwörterbüchern wie z. B. WAHRIG, DUDEN-UNIVERSALWÖRTERBUCH oder BÜNTING/KARATAS dieses Wort nicht als Lemma findet. Man kann daraus schließen, dass *Sprachpolitik* nicht zu den 100.000 wichtigsten deutschen Wörtern gehört, wenn man die gute und genaue Lemmaselektion dieser Wörterbücher voraussetzt. In DUDEN-GWB⁽¹⁾ und fast identisch in BROCKHAUS-WAHRIG findet sich folgende Angabe:

Sprachpolitik staatliche Maßnahmen in Hinblick auf eine Sprache

Es handelt sich demnach erstens um staatliche Maßnahmen, d. h. wohl auch um nationale und daher nicht um internationale und auch nicht um nicht-staatliche Sprachregelungen. Es geht zweitens um genau eine und nicht um mehrere Sprachen, sonst hätten die sonst genau vorgehenden Lexikographen wohl „in Hinblick auf eine oder mehrere Sprachen“ geschrieben. Ob damit etwa *Sprachlenkung*, *Sprachnormung*, *Sprachpurismus* oder eines der vielen anderen sprachpolitisch relevanten Termini gemeint ist, die man auch in DUDEN-GWB⁽¹⁾ findet, wird nicht ersichtlich. In den folgenden beiden Ausgaben erhält man eine vollkommen andere Auskunft. Wenn eine neue Auflage eines Wörterbuches vorbereitet wird, führen Änderungen oft, aber nicht immer zu Verbesserungen. Im Falle von DUDEN-GWB⁽²⁾ und DUDEN-GWB⁽³⁾, die völlig identische Angaben machen, handelt es sich im besten Falle um eine inhaltliche Änderung verbunden mit einer sprachlichen Verschlimmbesserung. Syntaktisch gesehen ist die Erklärung so konstruiert, dass man den Inhalt nur mit sehr gutem Willen errahnen kann:

Sprachpolitik die in einem Land gesprochene[n] Sprache[n], die in einem Land sich stellende Sprachenfrage o. ä. betreffende Politik

Wenn man voraussetzt, dass die beiden Teile der Bedeutungserklärung sich ergänzen sollen – wie auch anderswo in diesen Wörterbüchern – erfährt man durch „die in einem Land gesprochene[n] Sprache[n] betreffende Politik“, dass es sich um eine nationale politische Angelegenheit handelt, die entweder eine oder mehrere Sprachen umfasst. Dies entspricht der Angabe in DUDEN-GWB⁽¹⁾ mit der Änderung, dass es sich nun auch um mehrere Sprachen und nicht nur um eine Sprache handeln kann. Es geht aber wahrscheinlich immer noch nur um eine nationale Angelegenheit, nicht um internationale und nicht um private Beschlüsse, sonst hätte man wohl „in einem Land, in einer internationalen oder nationaler Organisation sowie in einer privaten oder öffentlichen Firma oder Institution“ geschrieben. Was genau nun die Sprachpolitik in Bezug auf diese eine Sprache oder auf mehrere Sprachen beeinflussen will, ist nicht klar. Es kann sein, dass es sich um Sprachpurismus oder um Sprachnormung handelt; es kann auch sein, dass es sich um das Verbot anderer Sprachen oder um Vorschriften für die offizielle Verwendung oder Förderung einer oder mehrerer Sprachen geht. Um den zweiten Teil der Bedeutungserklärung „die in einem Land sich stellende Sprachenfrage o. ä. betreffende Politik“ verstehen zu können, muss man wissen, was *Sprachenfrage* ist. Dieses Wort wird in DUDEN-GWB⁽²⁾ und DUDEN-GWB⁽³⁾ wie folgt erklärt:

Sprachenfrage aus dem Zusammenleben mehrerer ethnischer Gruppen mit verschiedenen Sprachen innerhalb eines Staates herrührende Problematik

Der nicht so fleißige Benutzer, der nicht unter *Sprachenfrage* nachschlägt, wird nicht erraten können, dass Sprachpolitik sich insbesondere mit der Beziehung zwischen den Sprachen zu tun hat, die verschiedene ethnische Gruppen in einem Land sprechen. Ich habe es jedenfalls nicht gewusst, aber weiß jetzt, dass die Erklärung in DUDEN-GWB⁽¹⁾ auch daraufhin ergänzt wurde, dass es sich nicht nur um mehrere Sprachen, sondern um mehrere Sprachen gesprochen von Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen handelt, wenn man von Sprachpolitik redet. Alles in allem sind wir zwar etwas, aber nicht sehr viel schlauer geworden. Man darf vermuten, dass Sprachpolitik kein so zentrales Thema in Deutschland ist, sondern dass die unklare Erklärung das recht geringe öffentliche Interesse und eine dementsprechend noch unklare Debatte widerspiegelt.

In der Tat ist es so, dass von Frankreich abgesehen in größeren europäischen Ländern wie Deutschland, England, Spanien und Italien keine allgemeinen und breit geführten sprachpolitischen Debatten geführt werden.¹ Dies ist in den kleineren Ländern anders, so in der Schweiz, in Österreich und insbesondere in den skandinavischen Ländern. Man kann nur Vermutungen darüber anstellen, warum das so ist. Ich meine, dass es dafür mindestens zwei Gründe gibt: Der eine Grund ist, dass die großen Länder und das heißt zugleich die großen Sprachen in der EU zunehmend größeren Einfluss gewinnen – auf Kosten der kleineren Länder und somit auch kleineren Sprachen. Diese Länder sehen – auch aus diesem Grund – die Notwendigkeit sprachpolitischer Initiativen, um den vorliegenden Status der sprachlichen Vielfalt, wie es die EU festgelegt hat (Artikel 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union), beizubehalten bzw. nicht weiter aushöhlen zu lassen. Deutschland unterstützt auf der einen Seite die kleineren und mittelgroßen Länder, möchte aber gleichzeitig für Deutsch als größte Sprache in der EU auch den Status erreichen, den Englisch und Französisch in der Praxis haben. Beide Richtungen gleichzeitig einzuschlagen, wird kaum gelingen können. Der andere Grund hängt mit der kulturellen Tradition in Bezug auf offizielle Sprachregelungen zusammen. Einige Länder, so z. B. Spanien und Frankreich, haben eine lange Tradition für eine prinzipiell positive Haltung zu präskriptiven Maßnahmen, in der Praxis interessiert man sich jedoch mehr für allgemeine Regelungen und nicht so sehr für Einzelheiten und für die Umsetzung von Sanktionen bei Übertretungen der Vorschriften. Die Entwicklung in Frankreich geht seit 1990 außerdem in eine mehr deskriptive Richtung mit der Zulassung von neuen orthographischen und flexionsmorphologischen Varianten. Die nordischen Länder, insbesondere Island, die Färöer und Norwegen haben eine vergleichbare Tradition. Anders als in Südeuropa werden staatliche Spracheingriffe zur Änderung des vorliegenden Sprachgebrauchs hier auch durch viele offizielle Beschlüsse in die Tat umgesetzt und durch öffentliche Kontrollen unterstützt. Außerdem verfolgt die Öffentlichkeit in diesen Ländern aufmerksam die Einhaltung der offiziellen Beschlüsse. Dänemark befindet sich hier in einer Sonderrolle, da es auf der einen Seite eine lange Tradition für eine dänische *laissez-faire*-Haltung gibt, indem Wissenschaftler und Pädagogen einen klaren deskriptiven Standpunkt ein-

¹ Dies heißt keineswegs, dass gar keine Debatte in Deutschland stattfindet. Die Gründung eines deutschen Sprachrates, in dem u. a. das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim, die Gesellschaft für deutsche Sprache, das Goethe-Institut und Inter Nationes vertreten sind, ist ein Zeichen dafür. Über weitere Initiativen informiert IdS-Mannheim (2003). Der entscheidende Unterschied besteht in der Intensität und der Breite der öffentlichen Diskussion z. B. in Dänemark, Island und Norwegen im Vergleich zu der in Deutschland.

genommen haben. Gleichzeitig gibt es aber paradoxerweise eine Tradition für offizielle Sprachregelungen, im Prinzip nur für Orthografie und Interpunktion, aber zunehmend auch für Flexion. Kurz gesagt heißt das, dass man zwar die sprachliche Freiheitsfahne sehr hoch hängt, dass aber keiner (von einigen wenigen Journalisten und Lexikographen abgesehen) sich gegen große orthographische, flexionsmorphologische und interpunktive Änderungen auflehnen – anders als in Deutschland nach der letzten Rechtschreibreform. Dabei gibt es solche sehr weitgehende Änderungen in Dänemark etwa alle fünf Jahre.

Es ist daher nicht überraschend, dass *Sprachpolitik* als Lemma in den beiden einzigen dänischen Großwörterbüchern zu finden ist. In dem neuesten, in dem z. Z. im Erscheinen sich befindenden sechsbändigen DEN DANSKE ORDBOG findet man folgende Bedeutungserklärung (meine Übersetzung, HB)

Sprachpolitik Maßnahmen einer Nation, eines Fachgebietes, einer Institution oder einer Firma, die darauf zielen, den Gebrauchsumfang einer oder mehrerer Sprachen im Verhältnis zu anderen Sprachen zu regeln, und die Sprache zu entwickeln oder einen korrekten oder empfehlenswerten Gebrauch dieser Sprache zu fördern

Diese etwas umfangreiche Bedeutungsangabe besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil geht es um die Wahl einer oder mehrerer Gebrauchssprachen für ein Land, ein Fachgebiet, eine Institution oder eine Firma. Es ist dabei nicht ganz klar, ob es sich auch um international tätige Institutionen und Firmen handeln kann, wie z. B. die EU, NATO oder McDonald's. Sowohl national wie international hat ein kleines Land wie Dänemark wesentlichen Bedarf an Regelungen, da man in vielen Zusammenhängen nicht darauf bestehen kann, nur Dänisch verwenden zu wollen. Der zweite Teil der Bedeutungserklärung „die Sprache zu entwickeln oder einen korrekten oder empfehlenswerten Gebrauch dieser Sprache zu fördern“ zielt eindeutig auf einzelsprachliche präskriptive oder proskriptive (empfehlende) Maßnahmen. Dies ganz im Rahmen der präskriptiven Tradition in Skandinavien, auch der dänischen mit einer deskriptiven Grundeinstellung und einer gleichzeitigen präskriptiven Praxis.

Eine inhaltlich ähnliche lexikographische Definition findet sich in DEN DANSKE NETORDBOG, der sich vor allem von den bisher zitierten Wörterbüchern dadurch unterscheidet, dass hier in zwei getrennte Bedeutungen aufgeteilt wird (meine Übersetzung, HB):

Sprachpolitik

1. bewusste und festgelegte Wahl, Empfehlung oder Förderung einer oder mehrerer Sprachen
= generelle Sprachpolitik, Sprachwahl, Sprachförderung, Sprachstatusplanung
ANM Eine solche Wahl liegt z. B. vor, wenn eine internationale Organisation, ein Land, eine Institution oder eine Firma den Gebrauch einer oder mehreren Sprachen ganz allgemein oder nur für bestimmte Zusammenhänge vorschreibt. In solchen Fällen liegt auch eine Abwahl anderer Sprachen vor.
2. bewusste und festgelegte Wahl oder Empfehlung von Kommunikationsstrategien, Stilmitteln, grammatischen Regeln, Wörtern oder Wortformen

einer bestimmten Sprache

= spezifische Sprachpolitik, Kommunikationsoptimierung,

Sprachkorporusplanung

ANM Man könnte sich vorstellen, dass eine Sprachenkommission, eine Firma oder eine Institution genau dieselben Kommunikationsstrategien usw. für mehrere Sprachen vorschreiben oder empfehlen würde. In der Praxis lässt sich das nur teilweise durchführen, da man eine Reihe von sprachspezifischen Beschlüssen für jede einzelne Sprache treffen muss.

Die beiden kurzen lexikographischen Definitionen werden durch längere Anmerkungen in einem besonderen Feld des Internetwörterbuches ergänzt. Man sieht hier, dass prinzipiell nicht getrennt wird zwischen Vorschriften und Empfehlungen. Dies wird als die grundlegende Trennung in einigen sprachpolitischen Beiträgen benutzt, am deutlichsten in der Monographie von Jarvad (2001, 18). Ich halte diese Trennung zwar für wesentlich, aber nicht für so grundlegend wie die Wahl zwischen Sprachen bzw. Wahlen innerhalb eines Sprachsystems. Außerdem ist die Trennung zwischen Deskription, Proskription und Präskription keineswegs eindeutig und eignet sich auch daher nicht als Ausgangspunkt einer möglichen Aufteilung von Sprachpolitik, vgl. hierzu Bergenholtz (2003).

Wir wollen daher die lexikographische Definition in dem dänischen Internetwörterbuch als Hintergrund benutzen, wenn wir jetzt einige Aufsätze kurz ansprechen. Es soll dabei keine wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung der sprachpolitischen Terminologie geboten werden, es kann stattdessen auf den Überblick von Cillia (2003, 11-17) verwiesen werden. Dies heißt aber keineswegs, dass die gewählte Definition ohne Einschränkung mit der vorliegenden Terminologie übereinstimmt. Diese ist nämlich dadurch gekennzeichnet, dass man teilweise eher die erste oder eher die zweite Teilbedeutung meint, wenn der Terminus **Sprachpolitik** verwendet wird. Dies sieht man am ehesten, wenn man die jeweilige Thematik betrachtet.

Sprachpolitik in der wissenschaftlichen und kulturpolitischen Literatur (1)

Der Sammelband Ricento (2000) enthält insgesamt zehn Aufsätze, die neben zwei generellen Beiträgen u. a. die Sprachpolitik in Australien, den USA, Indien, Südafrika sowie die koloniale Sprachpolitik und Englisch als imperialistische oder verbindende Sprache behandeln. Alle Beiträge haben gemein, dass sie Sprachpolitik im Sinne von ‚Wahl zwischen Sprachen‘ behandeln. Typisch ist Moore (2000), die u. a. die offiziellen australischen sprachpolitischen Ziele aus dem Jahr 1991 diskutiert:

1. Alle Australier sollen Englisch beherrschen.
2. Neben Englisch soll die Erlernung von mindestens einer weiteren Sprache gefördert werden.
3. Die ursprünglichen Sprachen in Australien sollen unterstützt und weiter entwickelt werden.
4. Sprachliche Hilfsmittel für Dolmetscher und Übersetzer sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form sollen verbessert und erweitert werden.

Es geht hier um verschiedene Fragestellungen, die man zwar von einander trennen muss, zunächst aber unter der Überschrift „generelle Sprachpolitik“ zusammenfassen kann. Dasselbe gilt für die erste Erklärung des neu gebildeten Deutschen Sprachrats vom 28. Juli 2003. Man will die

deutsche Sprache auf verschiedene Weise fördern, zwar nicht ausdrücklich unter Zurückdrängung anderer Sprachen, aber zumindest in der Form von Verteidigung und weiterer Ausbreitung der deutschen Sprache:

1. durch Zusammenarbeit mit Institutionen im In- und Ausland, um ganz allgemein die Vermittlung der deutschen Sprache zu fördern
2. durch die Betonung der Wichtigkeit des Deutschunterrichts in allen Schularten und auf allen Klassenstufen
3. durch die Förderung des Fremdsprachenunterrichts in Deutschland
4. durch die Verstärkung des Deutschunterrichts für Migranten
5. durch weitere Förderung der deutschen Sprache im Ausland
6. durch Förderung der deutschen Sprache als der sprecherstärksten Sprache in der EU
7. durch Widerstand gegen die „Tendenz zur arbeitspraktischen Einsprachigkeit“ in der Europäischen Union

Wo es hier fast ausschließlich um Deutsch geht, hat der Sammelband von Busch/Cillia (2003) einen anderen Schwerpunkt. Hier stehen Migranten- und Minderheitensprachen in Österreich im Mittelpunkt, so z. B. Fleck (2003) und Fischer (2003), außerdem die selten diskutierte Minderheitensprache, die Gebärdensprache (Krausneker 2003). Die einzige Ausnahme ist der Beitrag von Muhr (2003), der in Wirklichkeit auch eine Minderheitensprache, die österreichische Varietät des Deutschen, durch sein Plädoyer für eine Förderung des österreichischen Deutsch behandelt. Alle Beiträge haben gemein, dass sie Sprachpolitik im Sinne der ersten Bedeutung aus dem dänischen Internetwörterbuch behandeln.

Das Buch hat doch nicht den Titel „Sprachpolitik“, sondern „Sprachenpolitik in Österreich“. Dieser Unterschied zwischen *Sprach-* und *Sprachen-* vor *-politik* entspricht ziemlich genau den Unterschied zwischen der angegebenen Bedeutung 1 und 2 in dem dänischen Internetwörterbuch, d. h. zwischen (1) Wahl zwischen Sprachen sowie Förderung von einer oder mehreren Sprachen und (2) Wahl zwischen Varianten und Kommunikationsstrategien innerhalb einer bestimmten Sprache. Diese terminologische, aber m.E. sprachsystemwidrige Unterscheidung² hat sich in der neueren deutschen sprachpolitischen Literatur durchgesetzt, s. dazu GLÜCK (2000).

Sprachpolitik in der wissenschaftlichen und kulturpolitischen Literatur (2)

Genauso wie es Publikationen gibt, die sich nur auf die eine Bedeutung von dän. *sprogpolitik* und engl. *language policy*, d. h. dt. *Sprachenpolitik* beziehen, gibt es sprachpolitische Beiträge, die nur die zweite Bedeutung im Blickpunkt haben, so z. B. das „Weißbuch zur Sprachpolitik in dänischen Firmen“ (Hvidbog 2003) oder die „Sprachpolitik für dänische Gerichte“ (Sprogpolitik 2003) und viele andere Sprachpolitiken dänischer Firmen, Institutionen, Behörden und Gerichten.

² Die terminologische Festlegung entspricht insofern nicht dem deutschen Sprachsystem, als dieses keine Pluralbedeutung für Fugenmorpheme vorsieht. Rein historisch können die Fugenmorpheme zwar grammatisch erklärt werden, synchron gesehen spielt diese Tatsache jedoch keine Rolle. Ein *Sprachforscher* kann eine oder mehrere Sprachen erforschen. Sicher ist ein *Kindergarten* für mehrere Kinder, ein *Kinderwagen* aber normalerweise nur für ein Kind konstruiert. Genauso hat eine *Bischofskonferenz* nicht nur einen Bischof als Teilnehmer. Ich halte daher diese deutsche Trennung für unweckmäßig, genauso wie die der englischen Trennung zwischen *language politics* and *language policy*. Stattdessen plädiere ich für die Wahl eines und nur eines Terminus in den unterschiedlichen Sprachen, wenn man eine inhaltliche Gemeinsamkeit zwischen den beiden hier angenommenen Grundbedeutungen von dän. *sprogpolitik*, dt. *Sprachpolitik* voraussetzt.

Eine solche Sprachpolitik ist z. B. die des dänischen Telekonzerns TDC (TDC 2000), der etwa 18.000 Mitarbeiter hat. Die konzerninterne Sprachpolitik besteht inhaltlich aus zwei Teilen. Zum einen werden Ratschläge für das Schreiben von Briefen und anderen Mitteilungen an die Kunden gegeben. Man kann sie als die zehn Gebote für das kundenfreundliche Schreiben bezeichnen, z. B.: Schreibe aktiv! d. h. vermeide Passivsätze und unpersönliche Anreden. Solche Ratschläge, die wir auch aus Stillehren und Briefstellern kennen, sind im Prinzip sehr nützlich, in vielen Einzelfällen jedoch unbrauchbar bzw. gar schädlich. Dies gilt z. B. für die Empfehlung der du-Anrede, die auch im Dänischen nicht von jedem als selbstverständlich und angenehm empfunden wird. Dies gilt z. B. auch bei der empfohlenen Vermeidung von Fremdwörtern, da eine Reihe von Fachtermini eben gerade nötig sind, um einen Sachverhalt genau beschreiben zu können, s. dazu Bergenholtz et al. (2003). Zum anderen wird darauf verwiesen, dass TDC ein konzerninternes Wörterbuch hat, dessen Angaben zu befolgen sind. Man soll z. B. *e-mail* mit Bindestrich schreiben und nicht ohne (*email*), *pc* und nicht *PC* und flektiert *modem* ohne Konsonantenverdoppelung: *modemer* (dt.: *Modems*) und nicht wie von dem nationalen dänischen Sprachrat vorgeschrieben mit Konsonantenverdoppelung: *modemmer*.

Es gibt mindestens 50 Firmen und Institutionen in Dänemark, die solche Sprachpolitiken für ihre Kommunikationsstrategie festgelegt und sie mit Vorschriften zur Wahl von lexikalischen Varianten verbunden haben. Sie alle verstehen unter dän. **sprogpolitik** nur oder fast nur einzelsprachliche Entscheidungen, d. h. dasselbe wie dt. **Sprachpolitik**.³

Sprachpolitik in der wissenschaftlichen und kulturpolitischen Literatur (3)

Viele weitere sprachpolitische Beiträge haben zwar einen Interessenschwerpunkt ‚Sprachwahl und -förderung‘, behandeln jedoch auch einzelsprachliche Entscheidungen, wie sie in der soeben referierten konzerninternen Sprachpolitik vorgenommen werden. Diese Doppelbedeutung von **Sprachpolitik** sieht man z. B. in Phillipson (2003, 13-23) und in den Vorschlägen für nationale Sprachpolitiken in Schweden und Dänemark. In dem Gutachten des Komitees für die schwedische Sprache (2002), in Committee on the Swedish Language (2002) sowie in dem dänischen Regierungsgutachten (Sprache im Spiel 2003) und der sprachpolitischen Erklärung vom 13.12.2003 finden sich folgende Gemeinsamkeiten:

- Es besteht die Gefahr des Domänenverlustes dadurch, dass Englisch Dänisch bzw. Schwedisch in der Wissenschaftssprache verdrängen könnte, und gleichzeitig eine Zunahme von Anglizismen zur sprachlichen Verfremdung führen würde.
- Es besteht – auch aufgrund der wichtigen Integration von Migranten – ein Bedarf an einer Verstärkung des Sprachunterrichts, wobei Dänisch bzw. Schwedisch im Mittelpunkt steht.
- Im Informationszeitalter ist der Bedarf an Fähigkeiten der schriftlichen und mündlichen Kommunikation gestiegen. Es müssen daher weitere sprachliche Hilfsmittel, darunter Internetwörterbücher, zur Verfügung gestellt und das heißt auch gefördert werden.

³ Soviel ich weiß, gibt es nicht in dem Maße ausgearbeitete Sprachpolitiken für deutsche Firmen und Institutionen, jedenfalls nicht mit dieser Bezeichnung. Ich kenne auch keine deutschen wissenschaftlichen Beiträge, die solche Firmenentscheidungen als sprachpolitisches Thema behandelt haben. Vergleichbar damit werden Entscheidungen und EU-Ratschläge für Kommunikationsstrategien und Variantenwahl als „style guide“ (EU style guide 2001, 2003) und eben nicht als „language policy“ bezeichnet.

- Auf der einen Seite wird – so in Sprache im Spiel (2003) – die Forderung nach einem korrekten und zugleich leicht verständlichen Sprachgebrauch gestellt, d. h. Empfehlungen und Normierungen. Auf der anderen Seite wird für ein „Verständnis“ für sprachliche Variation geworben, z. B. aufgrund unterschiedlicher regionaler, sozialer und ethnischer Zugehörigkeit.

Was den letzten Punkt betrifft, hat die Regierungsvorlage in Dänemark keine breite Zustimmung im Folketing gefunden, da Teile der linken Opposition und auch eine regierungsfreundliche konservative Partei klare präskriptive Eingriffe verlangen, die nicht nur die Orthographie, Interpunktion und Flexion, sondern auch die Semantik betreffen (z. B. was darf *Rassist* bedeuten?). Es wird darauf verwiesen, dass solche wortsemantischen Entscheidungen in Norwegen und Island seit Jahren vorgenommen werden.⁴

Diese sprachpolitisch spannende Situation kann hier nicht weiter erörtert werden. Persönlich halte ich große Teile der Vorschläge für sehr vorteilhaft für die weitere Sprachentwicklung in Skandinavien, grundsätzlich habe ich jedoch schwere Bedenken gegen die schon vorliegende Praxis bei der Präskription von orthographischen und flexionsmorphologischen Varianten, s. dazu Bergenholtz (2003). Bemerkenswert ist dabei wie gesagt, dass die dänische Öffentlichkeit anders als die deutsche bei der deutschen Rechtschreibreform kaum davon Notiz nimmt.

Was ist nun wirklich Sprachpolitik?

Es gibt zwar wissenschaftlich direkt falsche Antworten. Es kommt aber oft vor, dass es mehrere Antworten gibt, die alle richtig sein können. Für einen bestimmten Zweck kann jedoch die eine Antwort adäquater sein als eine andere. Was nun die Sprachpolitik angeht, könnten wir noch eine Reihe von linguistischen Fachwörterbüchern heranziehen, wobei wir bereits vorliegende Termini wie *Sprachlenkung*, *Sprachplanung*, *Sprachkultur*, *Statusplanung* in Verbindung mit **Sprachpolitik 1**, und *Korpusplanung*, *Sprachhausbau*, *Sprachmanipulation*, *Sprachpflege*, *Sprachpurismus*, *Sprachregelung*, *Sprachreinigung*, *Sprachnormierung* zusammen mit **Sprachpolitik 2** behandeln würden. Das kann ein Sprachpolitikdoktor an anderer Stelle machen. Für den Zweck, *Sprachpolitik* so für die Allgemeinheit zu erklären, dass es z. B. Pfiffikus verstehen und der am Anfang erwähnte Sprachdoktor es als linguistisch haltbar ansehen kann, halte ich an dem Grundthema fest: Sprachpolitik ist als Einheit zu sehen, allerdings ist dabei auch deutlich zu trennen zwischen zwei Grundbedeutungen, die wiederum jeweils weiter aufgeteilt werden können:

1. Generelle Sprachpolitik

Dies kann auch als Sprachwahl und Sprachförderung bezeichnet werden. Es gibt zwei Arten einer generellen Sprachpolitik: Wahl zwischen einer oder mehreren Sprachen und Förderung oder Verbot einer oder mehreren Sprachen:

⁴ Ulrich Ammon, der die Einträge **Sprach-** und **Sprachenpolitik** in GLÜCK (2000) verfasst hat, versteht unter Sprachpolitik in etwa das, was in diesem Beitrag als einzelsprachliche Entscheidungen zur Kommunikationsstrategie und -optimierung verstanden wird. Erstaunlicherweise meint er, dass eine solche Politik „zumeist nicht in gewünschtem Maße erfolgreich“ sei, „zumindest nicht in der Beeinflussung des Denkens“. Ein Deskriptivist mag das wünschen. Ich möchte es umdrehen: Erstaunlicherweise sind solche Entscheidungen in hohem Maße erfolgreich. Diese Diskussion ist an anderer Stelle zu führen, da wir u. U. die Termini unterschiedlich verwenden.

1.1 Wahl zwischen Sprachen

Diese Art einer generellen Sprachpolitik findet ihren Niederschlag in verschiedenen Zusammenhängen:

Mono- oder Mehrsprachigkeit in internationalem Zusammenhang

Hier geht es um Wahl von Sprache oder Sprachen für den Gebrauch in internationalen Organisationen wie UN, NATO, EU, dem Roten Kreuz und in internationalen Konzernen. Oft wird man dabei innerhalb derselben Organisation unterschiedliche Entscheidungen treffen, jedoch für verschiedene Zusammenhänge. Meist liegen die Entscheidungen in Form von Vorschriften, nicht als Empfehlungen vor.

Mono- oder Mehrsprachigkeit in Konzernen, Firmen und Organisationen

In Konzernen, Firmen, Universitäten und anderen Organisationen innerhalb eines bestimmten Landes kann es nötig sein, eine oder mehrere Arbeitssprachen, Verhandlungssprachen, Dokumentationsprachen zu wählen. Dies muss für die ganze Organisation nicht einheitlich geregelt sein, wird allerdings meist als klare Vorschriften vorliegen – vorausgesetzt, die Firma hat eine Sprachpolitik.

Mono- oder Mehrsprachigkeit auf nationaler oder regionaler Ebene

Hiermit ist die Sprachenwahl für verschiedene offizielle Zusammenhänge gemeint, die man insbesondere in Ländern mit mehreren offiziellen Sprachen haben muss, so z. B. in Österreich, Südafrika und Finnland. In welcher Sprache oder in welchen Sprachen müssen Gesetze des Landes formuliert werden? In welcher Sprache oder in welchen Sprachen findet der Unterricht in verschiedenen Schul- und Universitätstypen statt. Eine solche Entscheidung wird normalerweise in Gesetzen oder Verordnungen festgelegt sein.

Sprachvarianten auf nationaler oder regionaler Ebene

Wenn eine Sprache mehrere Varianten hat, kann darüber entschieden werden, welche als offizielle Schriftsprachenvariante(n) zu sehen ist bzw. sind, und in welchem Maße diese als Schriftsprache in offiziellen Texten, Schulbüchern usw. und als gesprochene Sprache im Funk und Fernsehen verwendet werden sollen oder müssen. Dies ist beispielsweise in Norwegen der Fall, wo es eine Reihe von Regelungen für die Verwendung von bokmål und nynorsk gibt. In dem Fall sind zu befolgende Vorschriften beschlossen worden, in anderen Ländern wird man hier eher Empfehlungen aussprechen. Ob es sich hier um Dialekte oder um verschiedene Sprachen handelt, hängt auch davon ab, wie man diesen Unterschied definiert. So wird man im Falle von Bahasa Indonesia eher sagen können, dass diese frühere gemeinsame Handelssprache Malaiisch in einer neunormierten Version an die Stelle anderer Sprachen wie Javanesisch, Sundanesisch und Balinesisch in vielen Zusammenhängen getreten ist.

Multisprachlichkeit auf nationaler Ebene in Relation zum Sprachunterricht

Es geht hier darum, welche Sprachen in den verschiedenen Schulstufen als Unterrichtssprachen angeboten und insbesondere als obligatorisch eingestuft werden. Man spricht hier auch von Schulsprachenpolitik. Hierzu gehört auch die Wahl bzw. Abwahl von Unterricht der Migranten in ihren jeweiligen Muttersprachen. Diese Form von Sprachpolitik ist eindeutig durch Gesetze und Anordnungen geregelt und gehört zu dem Bereich der Sprachpolitik, wo die politischen Parteien in den jeweiligen Ländern am ehesten Einfluss mit großer Auswirkung für die Bevölkerung ausüben.

1.2 Förderung oder Verbot einer oder mehrerer Sprachen

Auch diese Art einer generellen Sprachpolitik findet ihren Niederschlag in verschiedenen Zusammenhängen:

Verteidigung einer oder mehrerer Nationalsprachen

Hiermit ist die Wahl einer konservierenden oder puristischen Sprachpolitik gemeint, die als Ziel hat, die Sprache gegen Einfluss von anderen Sprachen zu schützen. Wir können hier auf entsprechende Gesetze in z. B. Polen und Frankreich verweisen. Auch in Skandinavien gibt es solche Gesetze, am deutlichsten auf Island und auf den Färöern, aber auch in einigem Ausmaß in Norwegen.

Unterstützung für die Erlernung und den Gebrauch einer Sprache im Ausland

Insbesondere die großen Länder haben eine solche Sprachpolitik, wie wir es z. B. durch Alliance Française, das Goethe Institut oder the English Language Council kennen. Dazu gehört auch die Entsendung von Lehrkräften für Schulen und Universitäten.

Angriff auf Nationalsprachen

Hiermit sind Fälle gemeint, wo eine Sprache verboten oder in seiner Verwendung eingeschränkt wird, z. B. durch eine Verdrängung als Unterrichtssprache oder Streichung aus der Palette im Sprachunterricht. Wir kennen dies nicht nur, aber insbesondere in besetzten, eroberten oder kolonisierten Gebieten.

2. Spezifische Sprachpolitik

Es geht hier immer um eine einzelne Sprache. Hier muss man zwischen zwei Problemkreisen trennen. Im ersten Fall wird es sich immer um Empfehlungen handeln, im zweiten Fall kann man entweder empfehlen oder vorschreiben und verbieten.

2.1 Kommunikationsstrategien

Hiermit sind generelle Vorschläge gemeint, die darauf zielen, dass bessere Texte entstehen sollen, insbesondere geschriebene Texte. Vorschläge hierfür können ausgearbeitet werden von Organisationen, Konzerne, Firmen, aber auch internationalen Organisationen wie der EU. Es geht um empfängerrelatierte Ratschläge, die für den Textaufbau, Wahl und Abwahl der Stilmittel, Satzlänge, Passivsätze, Fremdwörter, Komposita, Anreden u. v. m. gelten. Eng verbunden mit Vorgaben für den Textaufbau gehören Vorschläge zum Layout bzw. zum Webdesign, wir können hier von visuellen Kommunikationsstrategien sprechen. Im Prinzip sind alle Vorschläge zu Kommunikationsstrategien vergleichbar mit denen, die man in Stillehren oder Briefstellern findet. Der Unterschied besteht darin, dass es hier um Vorschläge von der Leitung einer Organisation geht. Es sind zwar nur Vorschläge, weil man hier keine ganz eindeutigen Vorschriften machen kann. Die Leitung erwartet jedoch, dass die Mitarbeiter sich an den Vorschriften halten, so dass die Vorschläge eine vorschreibende Funktion bekommen.

2.2 Kommunikationsoptimierung: Wahl von konkreten sprachlichen Phänomenen

Es geht hier um Empfehlungen oder aber normierende Beschlüsse auf nationaler oder regionaler Ebene oder in einer nationalen oder internationalen Organisation oder Firma. Dies kann z. B. stattfinden durch Beschlüsse eines national ernannten Sprachrates oder durch ein Gremium zusammengesetzt von Repräsentanten mehrerer Länder, wie es im Falle der deutschen Rechtschreibereform geschehen ist. Entsprechend haben einzelne Firmen oder Organisationen konkrete

Beschlüsse zu Einzelproblemen gefasst. Dies geschieht z. B. häufig in Zeitungsredaktionen. In diesem Zusammenhang ist auch die internationale, nationale und firmeninterne terminologische Normierung zu sehen.

Ist Pffifikus nun schlauer geworden?

Ich gehe davon aus, dass Pffifikus jetzt weiß, dass es auch eine sprachpolitische Angelegenheit ist, ob Deutsche in deutschen Landen deutsch sprechen, und zwar im vielerlei Sinne, wie es aus den Punkten 1.1 und 1.2 hervorgeht. Pffifikus hat sogar gelernt, dass deutsch auch außerhalb der deutschen Lande gesprochen wird. In der EU allerdings nicht oder noch nicht in dem Maße, wie es zu erwarten wäre, wenn man bedenkt, dass Deutsch die Sprache ist, die von den meisten EU-Bewohnern gesprochen wird. Der Grund ist zum einen, dass die EU zunächst gar keine beschlossene Sprachpolitik hatte. Zum anderen ist der Grund, dass Englisch die Sprache in Europa ist, die von den meisten EU-Bewohnern verstanden wird, so dass wir vielleicht auf dem Weg zu einem „English-Only Europe“ (Phillipson 2003) sind.

Pffifikus weiß zwar immer noch nicht, wann man *deutsch*, und wann man *Deutsch* schreibt. Aber er weiß jetzt, dass solche Regelungen durch sprachpolitische Entscheidungen im Sinne von Sprachpolitik 2.2 festgelegt und auch geändert werden können. Er hat auch gelernt, dass man gerne und oft solche Entscheidungen in nordischen Ländern trifft, weiß aber noch nicht so recht, warum dies selten und dann erst nach großen öffentlichen Debatten in deutschen Landen geschehen kann. Er möchte noch gerne wissen, ob die Sprachpolitik in nordischen Ländern dann besser ist als die in Deutschland. Aber er muss ja nicht alles heute erfahren.

Literatur

- Ammon, Ulrich: Sprachenpolitik in Europa – unter dem vorrangigen Aspekt von Deutsch als Fremdsprache (1). In: *Deutsch als Fremdsprache* 40, 2003, 195-209.
- Bergenholtz, Henning/Jonna Bisgaard/Majken Brunsborg Lauritsen/Kamilla Kvist Wichmann: Sprogpolitik: So ein Ding müssen wir auch haben. In: *Hermes* 31, 2002, 135-165.
- Bergenholtz, Henning: User-oriented Understanding of Descriptive, Proscriptive and Prescriptive Lexicography. In: *Lexikos* 13, 2003, 65-80.
- BROCKHAUS-WAHRIG = *Brockhaus-Wahrig. Deutsches Wörterbuch in sechs Bänden*. Hrsg. von Gerhard Wahrig, Hildegard Krämer, Harald Zimmermann. Wiesbaden: Brockhaus/Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt. 1. Bd. A-BT 1980, 2. Bd. BU-FZ 1981, 3. Bd. G-JZ 1981, 4. Bd. K-OZ 1982, 5. Bd. F-STD 1983, 6. Bd. STE-ZZ 1984.
- Bünting, Karl-Dieter: *Auf gut deutsch*. Köln: Lingen 1985.
- BÜNTING/KARATAS = Karl-Dieter Bünting/Ramona Karatas: *Deutsches Wörterbuch. Mit der neuen Rechtschreibung*. Chur: Isis 1996.
- Busch, Brigitta/Rudolf de Cillia (Hrsg.): *Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandaufnahme*. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2003.
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union*. Proklamiert am 7. Dezember 2000 in Nizza. http://www.europarl.eu.int/charter/default_de.htm
- Christ, Herbert: *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000. Sprachpolitische Betrachtungen zum Lehren und Lernen fremder Sprachen*. Tübingen: Narr 1991.
- Cillia, Rudolf de: Braucht Österreich eine Sprachenpolitik? In: Busch/Cillia 2003, 9-42.
- Committee on the Swedish Language: *Speech. Draft action programme for the Swedish language. Summary*. Stockholm: Statens offentliga utredning 2002.

- DEN DANSKE NETORDBOG = Henning Bergenholtz/Vibeke Vrang under medvirken af Lena Lund, Helle Grønberg, Maria Bruun Jensen, Signe Rixen Larsen, Rikke Refslund og Jette Pedersen: *Den Danske Netordbog*. Database og layout: Richard Almind. <http://netordbog.asb.dk> 2004.
- DEN DANSKE ORDBOG = *Den Danske Ordbog A-D*. København: Det Danske Sprog- og Litteraturselskab/Gyldendal 2003. [Eintrag aus dem noch nicht-erschienenen Band zitiert nach Hjorth 2003].
- DUDEN-UNIVERSALWÖRTERBUCH = *Duden. Deutsches Universalwörterbuch*. Hrsg. von der Dudenredaktion. 5. überarb. Aufl. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: Dudenverlag 2003.
- EU style guide = EU intern dansk retskrivningsinstruks. http://europa.eu.int/comm/translation/writing/style_guides/danish/danish_styleguide_2001.pdf
- EU style guide = EU's English Style Guide. http://europa.eu.int/comm/translation/writing/style_guides/english/english_style_guide_en.htm 2003.
- Fischer, Gero: Von Minderheitensprachen zu Nachbarsprachen. Die Rolle der Minderheitensprachen in Österreichs Bildungswesen. In: Busch/Cillia 2003, 72-91.
- Fleck, Elfie: Integration durch Sprache. SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch im österreichischen Schulwesen. In: Busch/Cillia 2003, 63-71.
- GLÜCK = Helmut Glück (Hrsg.): *Metzler Lexikon Sprache*. 2., erw. Aufl. Stuttgart/Weimar: Metzler 2000.
- Gutachten des Komitees für die Schwedische Sprache = Betänkande av Komittén för svenska språket: *Mål i Mun – Förslag til handlingsprogram för svenska språket*. Stockholm: Kulturdepartementet 2002.
- GWDS¹ = *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden*. Hrsg. u. bearb. vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der Dudenredaktion unter Leitung von Günther Drosdowski. Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut 1976-1981.
- GWDS² = *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in acht Bänden*. 2., völlig neu bearb. und stark erw. Aufl. Hrsg. u. bearb. vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der Dudenredaktion unter Leitung von Günther Drosdowski. Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut 1993-1995.
- GWDS³ = *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in zehn Bänden*. 3., völlig neu bearb. und erw. Aufl. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat der Dudenredaktion. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: Dudenverlag 1999.
- Hjorth, Ebba: Yes. In: *Mål og Måle 4, 2003*, 5-9.
- Hvidbog = *Hvidbog om erhvervsliv, sprogpolitik og konkurrenceevne*. København: Dansk Selskab for Fagsprog og Fagkommunikation (DSFF) 2003.
- IDS-Mannheim: *Sprachpolitik*. <http://www.ids-mannheim.de/aktuell/sprachpolitik> 2003.
- Jarvad, Pia: *Det danske sprogs status i 1990'erne med særlig henblik på domænetab*. Nordisk Ministerråd: København 2001.
- Krausneker, Verena: Ungehört. Zum Status der Österreichischen Gebärdensprache und ihrer VerwenderInnen. In: Busch/Cillia 2003, 102-113.
- Muhr, Rudolf: Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat. In: Busch/Cillia 2003, 196-225.
- Phillipson, Robert: *English-Only Europe? Challenging Language Policy*. London/New York 2003.
- Sprache im Spiel = Kulturministeriet: *Sprog på spil – et udspil til en dansk sprogpolitik*. København 2003.
- Sprachpolitische Erklärung = Kulturministeriet: *Sprogpolitisk redegørelse*. København 15.12.2003.
- Sprogpolitik = *Sprogpolitik for Danmarks Domstole*. København: Domstolsstyrelsen 2003.
- TDC sprogpolitik: *Vejviser til godt sprog*. <http://www.tdc.dk/designmanualer/designguide> 2000
- WAHRIG = Gerhard Wahrig: *Deutsches Wörterbuch*. Neu hrsg. von Dr. Renate Wahrig-Burfeind. Mit einem „Lexikon der deutschen Sprachlehre“. Gütersloh/München: Bertelsmann 2000.